

Bhutan Today

120.000 entwurzelte Zwangsexilierte und die zweite demokratische Wahl

E.C. Wolf

Der Wahlausgang Bhutans hatte seine Licht- und Schattenseiten: Zwar konnte die Demokratie weiter ihre Wurzeln schlagen, doch die Flüchtlingsproblematik wird nach wie vor verdrängt. Heimatlose Exilbhutaner kämpfen derweil um Anerkennung und Wiedergutmachung. E.C. Wolf besuchte die Flüchtlingslager in Nepal und berichtet.

Kesang Lhendup ist der neue Vorsitzende des DNC (*Druk National Congress*), eine der im nepalischen Exil arbeitenden politischen Parteien Bhutans. Als ich ihn in seinem Büro traf, antwortete er auf meine Frage nach dem Wahlausgang der zweiten sogenannten demokratischen Wahl in Bhutan: „Schlecht und gut“. An der Verleugnung des Flüchtlingsproblems habe sich nichts verändert. Dennoch hätte paradoxerweise gerade dies entscheidende Auswirkungen auf den Wahlverlauf gehabt und Vorschläge zu seiner Lösung hätten eine demokratische Entwicklung in Bhutan begünstigt. Einig waren wir uns darüber, dass Rongtong Kunley Dorji gefehlt hat: der Gründer des DNC und prominenteste Oppositionspolitiker Bhutans im Exil. Er starb am 19. Oktober 2011 – gerade freigelassen, nachdem er 14 Jahre unter Hausarrest in Delhi, Indien, gestanden hatte. Sicherlich hat Kunley Dorji durch sein beharrliches Streben nach einer Demokratisierung Bhutans und besonders mit seinen hintergründig recherchierten, den königlichen Machtpoker schonungslos bloßstellenden Kommentaren in der Zeitschrift *Bhutan Today* Entscheidendes zur Politisierung vieler Leser/-innen und zum Aufkeimen der Demokratie in Bhutan beigetragen.

Die Vertreibung von 120.000 Bürger/-innen Bhutans

Seitdem das königliche Regime des 1991 noch absolutistischen Bhutan

120.000 Mitbürger mit militärischen Mitteln exilierte, klafft in diesem Land eine politische Wunde. Das Regime Bhutans vertrieb damals fast 20 Prozent der Gesamtbevölkerung. Obwohl sich Bhutan selbst als friedliches und buddhistisches Land proklamierte, haben seine Beamten und Soldaten tausendfach vergewaltigt, gemordet, enteignet und die politisch aktive Intelligenz inhaftiert oder gleich umgebracht. Diese 120.000 Menschen wurden fast 20 Jahre in acht von den Vereinten Nationen finanzierten Flüchtlingslagern interniert. Bis heute werden über hundert politische Gefangene in den Gefängnissen Bhutans festgehalten, manche seit mehr als 15 Jahren und manche in Isolationshaft, weil das königliche Regime von 1991 alles daran setzte, jegliche Demokratiebewegung zu blockieren. Damals sollte die Demokratiebewegung im Keim erstickt werden, um den Machterhalt der königlichen Elite zu sichern.

Bhutans Rechtfertigung der Vertreibung

Um das eigene Unrecht zu legitimieren, produzierte das bhutanische Regime über die Jahre zahllose Mythen zur Diffamierung der Zwangsexilierten. Dadurch wurde versucht, sowohl der bhutanischen Bevölkerung als auch dem mehr oder weniger mit Bhutan verbündeten Großnachbarn Indien sowie der internationalen Gemeinschaft, die Richtigkeit

des eigenen Handelns glaubhaft zu machen. Zuerst wurden die Vertriebenen zu „nepalischen Migranten“, dann – völlig unrealistisch – als eingewanderte „Wirtschaftsmigranten“ bezeichnet. Als die Flüchtlinge diesen Unterstellungen widersprachen, wurden sie als „Terroristen“ und als „Anti-Nationale“ stigmatisiert. Am besten scheint sich bis heute die ethno-nationalistische Variante zu „verkaufen“, wonach all diese Menschen aus dem nepalischen Kulturbereich zugewandert seien und deshalb kulturell nicht dazugehören. Wie jedoch vielfach nachgewiesen und wissenschaftlich untermauert wurde, ist diese Argumentation nicht haltbar, weil alle ethnischen Gruppen Bhutans in diese Himalaya-Region zugewandert sind und sich dort ansiedelten. In den Flüchtlingslagern finden sich auch *Sarchops* aus Ostbhutan, deren Ethnie sogar früher als die Gruppe der *Drukpas* – der Königselite – dort ansässig war. Entscheidend ist, dass die *Drukpas* sich durch die Zwangsexilierung der Südbhutaner/-innen, vorrangig der *Lothsampas*, aus einer sozialen Minderheitsposition befreiten. Zuvor waren sie in einer Minderheitenposition und mussten jegliche Demokratiebewegung fürchten, weil das Volk vor allem aus Nicht-*Drukpas* bestand.

Die Verschleierung der Flüchtlingsproblematik

Bis heute setzt die königliche Regierung Bhutans alles daran, um das

sogenannte Flüchtlingsproblem zu verdrängen, etwa mit der ideologisch gefärbten Parole vom Bruttonationalglück Bhutans, jedoch ohne die 120.000 Flüchtlinge als die reale Kehrseite dieses „Glücks“, auch nur zu erwähnen. Unkritisch wurde diese verschleierte Phrasierung in Teilen der internationalen Presse übernommen. So schreibt selbst die taz von der „Vermessung des Glücks“, über die oberste Glücksbehörde Bhutans (taz 5./6.12.2009) oder vom

„Land im Glück“, oder *Le Monde diplomatique* schreibt „Der König von Bhutan führt den Glücksindex ein“ (Juli 2010), oder DIE ZEIT titelt „40,9 Prozent sind schon glücklich“ (Nr. 49, 2011).

Die Oppositionspartei nimmt Stellung zu den Problemen Bhutans

Der neue Premierminister Bhutans, Tshering Tobgay (48), Führer der ein-

zigen Oppositionspartei Bhutans, die die Wahlen im Juli 2013 überraschend klar gewann, hat sich in einer ersten Stellungnahme gegen eine Fortführung des ideologisch anmaßenden Projekts des Bruttonationalglücks ausgesprochen. Er habe, laut Kuensel, mit steigender Staatsverschuldung, zunehmender Arbeitslosigkeit sowie der Bekämpfung der grassierenden Korruption genug zu tun.

Indien – Der mächtige Nachbar Bhutans hält sich bedeckt

Indien, das große Nachbarland, das entscheidend zu einer Klärung der durch Zwangsvertreibung entstandenen Flüchtlingsfrage beitragen könnte, hält sich bis heute bedeckt. Dahinter stehen wirtschaftliche und vor allem politisch-militärische Interessen hinsichtlich der Nordgrenze zum mächtigen Rivalen China. Hinzu kommt die eigene, bis heute nicht aufgearbeitete Vertreibungsgeschichte. Während der Teilung Indiens und Pakistans 1947 gab es Hunderttausende Tote und Millionen zwangsweise Vertriebene.

Die Vereinten Nationen – Ein resignierter Zuschauer

In 18 Jahren haben die internationalen Geldgeberländer der Vereinten Nationen ungefähr 200 Millio-



Bilder aus dem Flüchtlingslager *Beldangi 2* in Ostnepal

Alle Bilder: Katrine Sypli bei flickr.com (CC BY-NC-SA 2.0)



GREEN VALE ACADEMY BELDANGI - I											
SCHOOL LOCATION	STUDENTS					STAFF DETAILS				C-T (DETAILS) 2008 2009	CLASS
	BOYS	GIRLS	TOTAL	MALE	FEMALE	TOTAL	TEACHERS	NON-TEACHERS	TOTAL		
1	249	212	461	08	05	13	02	-	02		
2	305	363	668	06	07	13	02	-	02		
3	285	328	613	11	08	19	02	-	02		
4	274	275	549	06	11	17	02	-	02		
5	217	245	462	03	07	10	02	-	02		
6	247	191	438	05	06	09	02	-	02		
7	288	307	595	07	10	17	02	-	02		
8	263	322	585	14	05	19	04	-	04		
9	493	474	967	37	09	45	04	-	05		
10	2621	2117	5338	95	68	163	22	-	23		
11	256	300	556	-	05	05	01	-	01		
12	198	236	434	-	05	05	01	-	01		
13	-	-	-	01	-	01	01	-	01		
14	G.TOTAL	10715	32352	6328	95	77	171	-	2503	28	

*to provide education to all the refugee children
to develop the skills and talents of the students
to encourage female participation in learning*



nen Dollar für die Aufrechterhaltung der Lager aufgewendet. Nachdem sich in dieser langen Zeit keine politische Lösung abzeichnete, haben einige dieser Länder den Flüchtlingen Asyl gewährt und die Lager wurden aufgelöst. Statt wirksamen politischen Druck auf Bhutan auszuüben, die Zwangsexilierten wieder einzubürgerern, wurden bisher über 60.000 Bhutaner/-innen in den USA aufgenommen. Sicherlich ist dies aus humanitärer Sicht äußerst begrüßenswert, doch als politisches Signal verheerend. Die Strategie des Machterhalts der bhutanischen Regierung ging bisher auf. Nun beginnt sie zu bröckeln. Ihre Taktik war stets dieselbe, machiavellistisch, oder, um es analytisch deutlicher zu sagen, die Handhabung der drei „klassischen“ taktischen Züge, wie sie Kant in *Zum ewigen Frieden* als die sophistischen Maximen für korrupte Politiker anführt: 1. *fac et excusa*: die willkürlich begangene Gewalt, das Unrecht, beschönigend rechtfertigen, um damit unablässig den Anschein der Rechtfertigung der Tat zu geben; 2. *si fecisti nega*: was man selbst verbrochen hat, verleugnen und die Schuld auf andere verschieben; 3. *divide et impera*: die direkten Untergebenen untereinander und das Volk gegeneinander aufbringen, den schwächeren Teil unterwerfen und dienstbar machen, um selbst aus der Schusslinie zu kommen und sich dadurch die Macht zu sichern.

Third-country-settlement – Eine Lösung für die Flüchtlingsproblematik?

Im Jahr 2007 begannen nun die Geldgeberländer mit dem sogenannten *Third-country-settlement*, der Ansiedlung in einem dritten Land, also weder in Bhutan noch in Nepal, das dafür viel zu arm und zu dicht besiedelt ist. Laut einer Umfrage von AHURA (*Association for Human Rights Activists*) aus dem Jahre 2006 wollten höchstens 70 Prozent der Flüchtlinge eine Ansiedlung in einem dritten Land, obwohl dies zumindest die Aussicht auf ein „nor-

males“ Leben bedeutet hätte. 30 Prozent bestanden auf einer Wiedereinbürgerung in Bhutan und rund zehn Prozent der Flüchtlinge waren sogar zu einem bewaffneten Kampf dafür bereit.

Am 26. April 2013 zählte der UNHCR, das Hochkommissariat für Flüchtlinge der Vereinten Nationen, zusammen mit der IOM (Internationale Organisation für Migration) den 100.000. Flüchtling, der in einem dritten Land angesiedelt wurde. Ungefähr 25.000 Flüchtlinge bleiben noch in den drei übriggebliebenen Lagern, wovon heute ungefähr 8000 explizit nicht in ein Drittland, sondern ausschließlich zurück nach Bhutan wollen. Es sind die Älteren, die nicht mehr neu anfangen wollen, weniger die radikal politisierten Bhutaner/-innen. Laut UNHCR nahmen die USA bisher 66.134, Kanada 5376, Australien 4190, Neuseeland 747, Dänemark 746, Norwegen 546, die Niederlande 326 und England 317 Flüchtlinge auf.

Fluktuation in den Flüchtlingslagern

Wie mir Shekar Rizal, ein Aktivist aus dem Lager *Beldangi II*, berichtete, gibt es in den Lagern seit Beginn der Drittlandansiedlung überraschenderweise mehr Geld für Bildung, um die Menschen fit zu machen. Die Vereinten Nationen, die Caritas und der Lutherische Weltverband würden sich plötzlich mehr engagieren. Auffallend sei auch, dass nach und nach an den Rändern der Lager viele Büros von *Western Union* für internationalen Geldtransfer eröffnet hätten, weil die Familienmitglieder aus den Drittländern Geld in die Lager schickten. Dies hätte zur Folge, dass mittlerweile viele Menschen in den Lagern Handys besäßen und in ständigem Kontakt mit ihren Verwandten stünden. Sehr schwierig sei, dass niemand genau wisse, ob überhaupt und wenn ja, wann er/sie gehen würde. Auch käme es oft vor, dass Familien getrennt

würden, was, so Dr. Bhampa Rai – der bekannteste solidarische bhutanische und am Rande der Flüchtlingslager tätige Allgemeinarzt – bei vielen zu starker Verunsicherung und Depressionen führe, ja manchmal zu Suizid. Das Ansiedlungsprogramm wäre schon längst zu einem Zwang geworden, so Bhampa Rai, statt freiwillig zu sein. Es häuften sich auch Fälle, wo die Angesiedelten aus den Drittländern zurückkommen, weil ihnen der Überlebenskampf in diesen Ländern zu hart ist oder sie letztlich wieder zu ihrer Familie und in ihren vertrauten kulturellen Kontext zurückkommen wollen.

Engagement der Exilbhutaner/-innen – Der Kampf um Wiedergutmachung

Da eine Wiedereinbürgerung der Flüchtlinge in Bhutan mit dieser Drittlandansiedlung in weite Ferne gerückt erscheint, konzentriert sich die Strategie der Menschenrechtsaktivist(inn)en unter den Exilbhutaner(inne)n darauf, den Fall Bhutan vor den Internationalen Gerichtshof in Den Haag zu bringen. So soll wenigstens deren formale Anerkennung als Bürger/-innen Bhutans erreicht werden. Ein solidarisches Team von internationalen Rechtsanwältinnen aus Indien, England und der Schweiz hat sich unentgeltlich bereit erklärt, diesen Fall dort durchzukämpfen. Dabei geht es um das Recht auf Wiedereinbürgerung, zumindest um die Anerkennung des Status eines *Non-Resident-Bhutanese*, um eine Entschädigung für geplündertes und enteignetes Eigentum und schließlich um Schmerzensgeldforderungen für 18 Jahre gestohlene Lebenszeit in Lagerhaft. Bisher sollen in Den Haag vor allen sprechen: Teknath Rizal, Vorsitzender von BRRRC (*Bhutanese Refugee Representative Repatriation Committee*), selbst über zehn Jahre in Isolationshaft in Thimpu, der Hauptstadt Bhutans; Ratan Gazmere, Vorsitzender von AHURA und selbst jahrelang inhaftiert;



Bhutanische Flüchtlinge auf ihrem Transit von den Lagern in Ostnepal zu einem Umsiedlungsprojekt in den USA.

Bild: Katrine Syppli bei flickr.com
(CC BY-NC-SA 2.0)

Dr. Bhampa Rai, prominenter Allgemeinarzt in den Flüchtlingslagern. Zur Annahme dieses Falles in Den Haag braucht es mindestens 1500 Formulare von Flüchtlingen, mit genauen Angaben, wer, wann, wo vertrieben, vergewaltigt, getötet, enteignet wurde. Den meisten Flüchtlingen fällt es noch heute, nach über 20 Jahren, schwer, sich ihren traumatischen Erfahrungen erneut zu stellen. Nachdem dieses Vorhaben bekannt wurde, gab es plötzlich in den Lagern Bestrebungen seitens Vorgesetzter, ein solches Ausfüllen zu verhindern.

Demokratische Wahlen 2013 in Bhutan

Bhutan ist nun seit dem Jahr 2008 eine konstitutionelle Monarchie mit ersten formalen, demokratischen Staatsgestaltungen wie einer Verfassung, mehreren Parteien, einem Parlament, einer unabhängigen Jurisdiktion und dem expliziten Versprechen, als Regierung dem Volke zu dienen. Doch solange die bhutanische Regierung die Flüchtlingsproblematik nicht lösungsorientiert

angeht, sondern sie verleugnet oder verdrängt, stehen diese Demokratisierungsversuche auf tönernen Füßen. Um gemäß buddhistischer Logik zu formulieren: Wer so viel schlechtes Karma ansammelt, wird dessen Früchte ernten. Erste Züge davon zeigten sich in den Wahlen vom Juli 2013. Die „Ein-Mann-Demokratie“ ist angeschlagen, wie es Bhim Subba, der Vorsitzende von HUROB (*Human Rights Organisation Bhutan*), ausdrückte.

In Bhutan waren jetzt nach fünf Jahren die zweiten parlamentarischen Wahlen. Am 31. Mai war die Vorentscheidung, an der alle offiziell zugelassenen Parteien teilnehmen konnten, wobei nur die zwei stimmenstärksten Parteien in die entscheidende zweite Runde am 13. Juli kamen. Nicht überraschend waren dies die zwei königsnahen Parteien, die BDP (*People's Democratic Party*) und die DPT (*Druk Phuntsum Tshogpa*), welche auch die vergangenen fünf Jahre das Parlament bestimmt hatten. Neu ist, dass eine einzige Frau, Dorji Chhoden, als eventuelle Ministerin zugelassen wurde.

Alle Bürger/-innen, die Verwandte oder Bekannte in den Flüchtlingslagern hatten oder haben, waren von der Wahl ausgeschlossen. Da freie politische Äußerung oder gar Versammlungen immer noch verboten sind – gemäß dem königlichen Motto: „Euch geht es doch gut mit mir, wozu müsst ihr euch organisieren?“ –, wurde jede Person, die dies trotzdem versuchte, ebenso von der Wahl ausgeschlossen. Durch diese und ähnliche Maßnahmen wurde die Zahl der 381.790 Wahlberechtigten stark dezimiert, gleichsam ideologisch eingeschränkt.

Ein überraschendes Wahlergebnis

Die BDP hat die Wahlen überraschenderweise gewonnen. Neuer Premierminister Bhutans ist Tshering Topgay von der einzigen, ebenfalls königstreuen Oppositionspartei in Bhutan. Die ehemalige Regierungspartei um den König, DPT, verlor über die Hälfte ihrer Sitze im Parlament. Von bisher 33 Sitzen bleiben ihr 15, von insgesamt 47 Sitzen der Nationalversammlung. Obwohl die BDP keine wirkliche Oppositionspartei ist, sagt diese Verschiebung viel über die allgemeine Unzufriedenheit des Volkes aus – von wegen *Gross National Happiness*. Dabei waren die Stimmen der *Lhotsampas* und *Sarchops*, aus deren Ethnien die meisten Flüchtlinge stammen, sicherlich ein ganz entscheidender Faktor. Diese äußerten, dass sie die Verleugnung des Traumas der zwangsweise entrissenen Bürgerschaft so vieler heute zwangsweise im Exil lebender Verwandter oder Bekannter nicht mehr länger mittragen wollen.

Wie es zum Wahlergebnis kam

In den fünf Jahren Regierungsarbeit der DPT hat diese ehemalige Regierungspartei außer verdrängender Verleugnung rein gar nichts zur Klärung des Flüchtlingsproblems beigetragen. Dazu kommt, dass der Osten Bhutans, wo die meisten *Sarchops* leben, bisher ökonomisch extrem vernachlässigt wurde und Korruptionsfälle strafrechtlich verfolgt wurden, in die gleich mehrere Minister, darunter der ehemalige Premierminister Thinley, Innenminister Minjur Dorji und Nationalversammlungssprecher Jigme Tsultrim verwickelt waren. Der Filz der royalen Vetternwirtschaft zeigt sich darin, dass der Ex-Premierminister ein Verwandter mütterlicherseits des Königs und der Innenminister der Schwiegersohn des obersten Richters von Bhutan, Sonam Tobgay, ist. Letzterer ist zugleich Chefberater der Regierung – ein Umstand, der es dem Schwiegersohn ermöglichte, trotz Machtmissbrauchs und Korruption im Amt zu bleiben. Man kann ahnen, dass dies nur die Spitze des Eisberges ist.

Schon vor den Wahlen gab es deswegen, vor allem aber wegen des Wunsches nach Freilassung der politischen Gefangenen, Bombenanschläge und verbotene Demonstrationen, vorrangig organisiert von der Kommunistischen Partei Bhutans, der Vereinigten Revolutionären Front und den Maoisten. Alle Demonstrationen wurden niedergeschlagen. Viele Demonstranten wurden inhaftiert.

Die Bedeutung der *Grassroots-Movements*

Karma Duphto, der Generalsekretär des DNC in Nepal, spricht von Wahlbetrug, massiven Manipulationen der Wahl, von gekauften Stimmen, davon, dass die Distriktvorsteher gezielt Einfluss auf die Wahlentscheidung der Menschen genommen und selbst der König Geschenktouren durchs Land unternommen hätten. Auf mei-

ne Frage, woher er das so genau wisse, spricht er von den unzähligen Kommentaren auf *Facebook*. Obwohl die bhutanischen Behörden versuchen würden, das Internet zu kontrollieren, sei ihnen dies nicht gelungen. Im Netz könne er von Nepal aus ganz leicht das politische Geschehen in Bhutan verfolgen, vor allem auch den Stand der demokratischen *Grassroots-Movements*. Im Bereich der Demokratiebewegung von unten sei schon lange die Autorität des Königs zutiefst erschüttert.

In einem Grundsatz der politischen Forderungen sind sich diese *Grassroots-Movements* und die mehr oder weniger demokratisch orientierten Parteien in Bhutan sowie die Exilparteien einig: Sie streben eine inklusive Demokratie an, die tatsächlich allen, auch den Exilparteien, die Möglichkeit der gestaltenden Teilnahme bietet.

Hoffnung auf Freiheit und Demokratie

Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis die Elite um den König mit ihrem Demokratietheater in die moralische Position einer Minderheit kommt und Menschen in Bhutan nicht bereit sind, die Vetternwirtschaft, Korruption und Unterminierung einer wirklichen Demokratie länger hinzunehmen.

Da der König noch immer laut der von ihm selbst verabschiedeten Verfassung über dem Gesetz steht, wird es sich dann zeigen, ob er die Verfassung nach eigenem Gusto derart frisiert, dass sein Machterhalt garantiert bleibt oder ob er erneut zu militärischen Mitteln gegen die eigene Bevölkerung greift.

Jawaharlal Nehru, der erste indische Premierminister, schrieb am 9. Mai 1954 an den damaligen König von Bhutan, Jigme Dorji Wangchuck, als jener sich besorgt zeigte über Unabhängigkeitsbewegungen der Gurkhas

an der Südgrenze Bhutans: „*No one can put a stop to these ideas and the desire of the people everywhere to have larger measure of freedom as well as an advance on the path to democracy. These ideas will no doubt reach Bhutan and it is a wise policy not to wait for pressure from outside in order to remove any legitimate grievance*“ (Bhampa Rai (2013), *Bhutan and Its Agonized People*, S. 19).

Als ich 2013 am Ende meines Aufenthalts Kesang Lhendup, den neuen DNC-Vorsitzenden, wieder traf, sprach er noch davon, dass der DNC seit 2011 wirken würde wie der Dachverband eines Bündnisses verschiedener politischer Gruppierungen und Parteien, die sich in den Lagern und im Exil gebildet hätten. Diese hätten sich endlich zu einer Allianz zusammengeschlossen, um gemeinsam mit der repräsentativen Stimme des DNC und dessen Vorsitzenden die *basic points* zu vertreten. Diese zentralen Forderungen seien die Wiedereinbürgerung der Zwangsexilierten und das seit 2008 in der Verfassung verbriefte Recht, als politische Parteien in Bhutan an demokratischen Wahlen teilnehmen zu können, sowie die Freilassung aller politischen Gefangenen. Man will mit friedlichen Mitteln an der Gestaltung einer alle beteiligenden Demokratie und einer Aussöhnung der Gesellschaft teilhaben, unterstützt durch das demokratische *Grassroots-Movement* in Bhutan selbst und international durch Den Haag.

Zum Autor

E.C.Wolf, promovierter Kulturwissenschaftler und Psychoanalytiker in Bremen, Delhi, Berlin. Dr. Wolf begleitet den Prozess der Bhutan-Flüchtlinge seit über 20 Jahren. Diverse diesbezügliche Veröffentlichungen.